

Kulturfragen im Reichstage.

Der Haushalt des Innenministeriums.

Berlin, 17. März. Der Reichstag setzte in seiner heutigen Sitzung die zweite Lesung des Haushalts des Innenministeriums fort, und zwar bei den Ausgaben für Wirtschaftliche und künstlerische Zwecke, für die insgesamt 1,1 Mill. Mark ausgegeben werden sollen. Neueingeliefert für künftige Zwecke 1 Mill. Mark. — Der deutschnationale Abgeordnete wies darauf hin, daß in den Gebieten des Grenz- und Auslandsdeutschums heute zahllose gute deutsche, oft wertvolle geschichtliche Erinnerungen und Namen für geographische Gegenstände aller Art (Wälder, Gebirge und Gewässer) bedroht sind. Der Deutsche Geographentag hat es bereits als nationale Pflicht bezeichnet, diese Namen zu schützen und an alle beteiligten Kreise die Bitte gerichtet, in allen Fällen, wo geographische Doppelbenennungen bestehen, den deutschen Namen den Vorrang zu geben und ihn an erste Stelle zu legen.

Abg. Schreiber (S.) begründet eine Interpellation über die Not der deutschen Kunst. — Abg. Deub (Dem.) warnt vor einem Kunstföderalismus, der dadurch entsteht, daß man die Förderung der Kunst zur Aufgabe der Länder und nicht des Reiches mache. — Abg. Schwarz (S.) lehnt die gegenwärtige Kunst als „Klosterkunst“ ab. Nur in Sowjetrußland würden Kunst und Wissenschaft mit dem nötigen Ernst betrieben. (1) Der Redner polemisiert dann gegen den Reichsinnenminister Kalla, weil dieser die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht unbeneidet wissen will. Dr. Kalla, bisher Nominationsminister der Luther-Regierung, so führte er aus, habe nicht den Mut, bei dieser Gelegenheit seinem Kaiser untreu zu werden.

Abg. Mumm (D.-N.) empfiehlt die Ausdehnung der Maßnahmen zur Förderung der Künste der deutschen Künstler auf die Länder und verlangt die Einrichtung von Darlehenskassen für Künstler zur Förderung ihrer Werke, die Veranstaltung von Verkaufsausstellungen und die Verbesserung von Künstlern zu billigeren Mietpreisen in öffentlichen Gebäuden. Die Förderung junger Künstler mit öffentlichen Mitteln soll auf Reichs- und Stammesdeutsche beschränkt werden. Unerträglich seien die Mißstände im großstädtischen Theaterwesen. Es folgen dann die Abchnitte, die das Schicksal und die Entwicklung des Sports und die Verhältnisse bei den.

Abg. Schwab (S.) legt einen Beschlusentwurf vor, wonach als Vorbildung für die Lehrerbildung der erfolgreiche Besuch einer Volkshochschule festgelegt werden soll. — Abg. Schulze-Frankfurt (D.-N.), bedauert, daß die Schulen nach der Revolution zum Tummelplatz politischer Leiden geworden seien. Das Reichsschulgesetz müsse hier endlich Verheilung schaffen. Der Redner beantragt die Frist für die völlige Auflösung der Privatschulen bis zum Beginn des Schuljahres 1935/36 zu verlängern. Bei der Fälligkeit der Turn- und Leibesübungen müsse auch eine ärztliche Untersuchung stattfinden. Redner weist dann auf den hohen körperlichen Wert des alten Heeres hin. Das alte Heer hatte gesunde Menschen herangezogen.

Deute ist der Gesundheitszustand der heranwachsenden männlichen Jugend so schlecht, daß z. B. 70 Prozent der sich Meldenden wegen Untauglichkeit von der Reichswehr abgewiesen werden müssen.

Der Redner wandte sich am Schluß seiner Ausführungen auch gegen den Innenminister Kalla und warf ihm vor, daß er seine bekannte Kaiser-Geburtsstags-Rede noch im Jahre 1919 habe drucken lassen. (Reichsminister Kalla rief dem Redner von der Regierungsbank aus zu, daß dies unwahr sei.)

Abg. Rheinländer (S.) befaßt sich mit der Not der Junglehrer. — Abg. Dr. Kunkel (D. Sp.) erklärte, daß die Beratungen des Kulturreichstages ein Akt eines Trauerspiels seien. Man erkenne wohl die Notwendigkeit der körperlichen und geistlichen Erziehung, an, ziele aber nicht die notwendigen Konsequenzen. Eine Million Mark für die Erziehung der Jugend angelegt, erspare viele Millionen für Kranken- und Heilanstalten. Der Redner fordert ein Reichsschulgesetz und reichsgesetzliche Regelung des Privatschulwesens. — Abg. Schwarz (Komm.) fordert die völlige Ausmerzung der Prügelstrafe in allen Verhältnissen.

An der weiteren Debatte über dieses Thema beteiligten sich die Abgeordneten Frau Dr. Lüders (Dem.), Bredt

(Wirtsch. Vereinig.), Frau Lang-Brumann (D. Sp.), Seifert (Wirtsch. und Schred (S.)).

Abg. Frau Scheidel (D.-N.) erörtert die Stellung ihrer Fraktion zum Reichsschulgesetz. Unsere Stellung zum Reichsschulgesetz, führte sie aus, ist bekannt. Wir fordern nach wie vor ein Gesetz, das die Elternrechte vollkommen wahr und auch die Privatschulen befreit läßt. Das deutsche Schulwesen hat sich hauptsächlich auf den Privatschulen aufgebaut. Wir wünschen die Erhaltung der Privatschulen aus pädagogischen Gründen. Nur so können neue Wege versucht werden.

Nach den Ausführungen einiger weiterer Redner wird dann die Beratung abgebrochen, und das Haus vertagt sich auf Donnerstag mittags. Bei der Feststellung der Tagesordnung erregt noch große Heftigkeit ein völkischer Antrag, die außenpolitische Debatte schon am Donnerstag vorzunehmen, ehe die Delegierten aus Gent zurückgekehrt sind. Präsident Lüders stellt fest, daß er erst die Rückkehr der deutschen Vertreter abwarten müsse. Der Reichsrat wird am Freitagvormittag den Termin der außenpolitischen Aussprache festsetzen.

Die geplanten neuen Münzprägungen.

Berlin, 17. März. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratungen für das Jahr 1926 beim Reichsbankrat fort. In der sachlichen Beratung kamen u. a. die Einnahmen aus der Prägung der Reichsmünzen zur Sprache. Von Seiten der Regierung wurde hierzu mitgeteilt, daß im Rechnungsjahr 1926 nach Maßgabe des Verordnungsbedarfs mit Münzprägungen fortgefahren werde. Es sei eine weitere Prägung von 200 Millionen Reichsmark in Silbermünzen beabsichtigt, und zwar 100 Millionen Reichsmark in 2-Mark-Stücken und 100 Millionen Reichsmark in 5-Mark-Stücken. Daneben wird wegen der außerordentlich vielen Münzfälschungen voraussichtlich die Einziehung der 50-Pfennig-Stücke aus Aluminiumbronze und deren Ersatz durch reine Nickelmünzen vorgenommen werden müssen.

Da sich erwies hat, daß die geprägten 110 Millionen 50-Pfennig-Stücke den Bedarf an etwa 30 Millionen Reichsmark übersteigen, werden nur 90 Millionen Reichsmark durch 50-Pfennig-Stücke und der Rest von 20 Millionen Reichsmark durch 1-Reichsmark-Stücke ersetzt werden. Die Kosten der Prägung werden auf 67.500.000 Reichsmark geschätzt, denen ein Erlös aus der Silberprägung und aus der Verwertung der eingezogenen 50-Pfennig-Stücke in Höhe von 200.950.000 Reichsmark gegenübersteht. Der Uberschuß der Einnahmen über die Ausgaben in Höhe von 133.450.000 Reichsmark soll zur Veräußerung der Reichsbankmittel der Reichsbank zur Verfügung stehen.

Abg. Dr. Dunaß (Dn.) regte an, daß doch auch die alten Silbermünzen in Kurs gesetzt werden sollten. Das würde insbesondere den kleinen Sparern, die immer noch alte Silbermünzen im Besitz haben, unant kommen. — Reichsfinanzminister Dr. Reinhold glaubte nicht, daß dieser Anregung wegen der Konsequenzen entsprechen werden kann. — Aus den Uberschüssen des Rechnungsjahres 1924 ist noch ein Betrag von 220 Millionen Reichsmark der im vorliegenden Etat als Einnahmeposten vom Ausschuss genehmigt wurde.

Das Steuermilderungsgesetz im Steuer-Ausschuß.

Berlin, 17. März. Der Steuer-Ausschuß des Reichstages begann heute die Ausdebatte über den Gesetzentwurf über Steuer-milderungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage. Nach einer längeren Geschäftsbildungsdebatte, in der Finanzminister Reinhold betonte, daß die Vorlage für die Regierung ein unteilbares Ganzes sei, wurde beschlossen, zunächst die Bestimmungen über die Luxussteuer zu besprechen. Nach einem völksparteilichen Antrag soll das Gesetz nicht am 1. April, sondern am 1. März rückwirkend in Kraft treten. Dagegen widersprach der Finanzminister, und man einigte sich schließlich dahin, die Abstimmung auf morgen zu verlagern, da sich inzwischen der Reichswirtschaftsrat mit dieser Frage beschäftigen wird. (W. T. B.)

Abschluß des Volksbegehrens.

Ein mageres Ergebnis.

Berlin, 17. März. Die Eingebungen zum Volksbegehren sind mit dem heutigen Tage abgeschlossen worden. Das amtliche Ergebnis des Volksbegehrens wird erst am 25. d. M. durch den Reichswahlleiter veröffentlicht werden. Die Bearbeitung des Materials ist in diesem Falle sehr schwierig, da im Gegensatz zu Reichstags- oder Landtagswahlen die Übermittlung der Ergebnisse, namentlich aus den Landgemeinden, schriftlich erfolgt. Wie es heißt, schätzte man das Gesamtergebnis auf etwa 7 bis 8 Millionen Stimmen, jedoch ist diese Schätzung jetzt noch nicht nachsprühen und darf wohl als zu hoch angesehen werden, da sie aus solchen Kreisen stammt, die Interesse an Angaben möglichst hoher Ziffern haben.

Wenn, wie das von Anfang an nicht anders zu erwarten war, somit auch die notwendige Stimmenzahl für die Weiterbetreibung des Antrages am Freitagabend durch Volksentscheid erreicht ist, so haben die Veranstalter der Sache doch alle Ursache, mit dem erzielten Ergebnis unzufrieden zu sein. Denn selbst wenn die geschätzte Zahl der Einzelnstimmen mit 7 bis 8 Millionen als richtig angenommen wird, dann haben die vereinigten Notizen und Moskower noch nicht einmal ihre eigenen Anhänger nach dem Stand der letzten Wahlen auf die Höhe gebracht. Die Erreichung der für die Durchsetzung eines Volksentscheides notwendigen fast 20 Millionen Stimmen muß deshalb schon heute als ausgeschlossen erscheinen.

Die Wiederkehr des oberschlesischen Abstimmungs-lages.

Ein Aufruf des oberschlesischen Oberpräsidenten.

(Durch Funktspruch.)

Oppeln, 17. März. Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien veröffentlicht einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Oberschlesier! Die bevorstehende fünfte Wiederkehr des Abstimmungs-lages drängt die oberschlesische Bevölkerung dazu, in den nächsten Tagen der Volksabstimmung ganz besonders zu gedenken. Da die aus dem Abstimmungs-lage als selbstverständlich gegebene Folge des ungetreuen Verbleibens von ganz Oberschlesien bei Deutschland uns doch nicht zugestanden worden ist, wird über jeder Abstimmungsfeier ein Trauerakt liegen. Angesichts der Zerissenheit von der Oberschlesien durch dieses Sonderdiktat in vieler Beziehung heimgekehrt worden ist, wird die Erinnerung an die gemeinsame Not auch eine Mahnung, ein Ansporn sein zur Überwindung der verschiedenen Gegensätze. Wir wollen uns stets als würdige Angehörige des großen deutschen und preussischen Reichs- und Kulturraumes zeigen. Halten wir in diesem Geiste treu zusammen zum Wiederaufbau, zum Neuaufbau, zum Schutze unserer Heimat.“ (W. T. B.)

Neue Deutschenverfolgungen in Oberschlesien.

Bentzen, 17. März. Die Deutschenverfolgungen in polnisch-Oberschlesien haben wieder eingesetzt. Gestern wurde eine Theateraufführung in Hohenlunde von Polen gestört und der Teilnehmer zum Teil schwer mißhandelt. Obwohl Polizei anwesend war, ist sie nicht eingeschritten. Die deutsche Bevölkerung befürchtet anlässlich des bevorstehenden fünften Jahrestages der Abstimmung am kommenden Sonntag neuem Terror ausgesetzt zu sein. Die Aufrufe der polnischen Parteien stehen unter der Parole, man werde niemals zulassen, daß die deutschen Verbrechen, Oberschlesien zurückzugewinnen, verwirklicht werden.

Der neue Saarpräsident.

(Durch Funktspruch.)

Genf, 17. März. In unternichteten Kreisen des Völkerbundsekretariats gilt die Wahl des kanadischen Stephen, der bereits seit mehreren Jahren der Regierungskommission für das Saargebiet angehört, an Stelle des ausscheidenden Präsidenten der Regierungskommission Haack als sicher. Damit wird der seit Jahren bestehende Wunsch der saarländischen Bevölkerung auf Ausdehnung der saarländischen Bevölkerung insbesondere hinsichtlich der baldigen Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet bei den morgigen Verhandlungen vor dem Rat im Sinne der Saarländer entschieden werden, läßt sich noch nicht sagen. (W. T. B.)

Schwere Verurteilung des Schriftstellers Pudor.

Brüssel, 17. März. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hatte sich heute der 60jährige Schriftsteller Dr. phil. Paul Adolf Friedrich Pudor auf Verlangen des Staatsanwalters verantworten. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, in den Nummern 12 und 13 der Zeitschrift „Hafenkreuz“ mehrere Artikel geschrieben zu haben, die zur Ermordung des Außenministers und Gewalttaten gegen Juden aufforderten. Gleichzeitig wurde in einem anderen Artikel Reichspräsident v. Hindenburg auf schwerste verleumdet und beleidigt. Pudor wurde wegen Vergehens gegen die §§ 7 und 8 des Gesetzes zum Schutze der Republik auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt, sowie zur Ertragung der Prozesskosten. (W. T. B.)

Die Voruntersuchung gegen Jürgens.

Berlin, 17. März. Zu der Untersuchung gegen den Landgerichtsdirektor Jürgens und dessen Ehefrau erklärt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes: Die Beschwerde der Eheleute Jürgens gegen den Haftbefehl ist von der Straf-kammer des Landgerichts Stargard zurückgewiesen, die Voruntersuchung gegen die Eheleute Jürgens ist auf einige weitere Punkte ausgedehnt worden. (W. T. B.)

Stattenlassung der Barmals gegen erhöhte Kautions.

Berlin, 17. März. Wie der Amtliche Preuss. Pressedienst erklärt, hat das Kammergericht auf die Beschwerde von Julius und Henry Barmal beschlossen, daß von der Vollstreckung des Haftbefehls abgesehen ist, falls sie eine die frühere Kautions um je 10.000 Mark übersteigende Sicherheit leisten und die von ihnen freiwillig übernommene Verpflichtung, in Berlin zu bleiben und sich regelmäßig bei der Polizei zu melden, nicht verletzen.

190 Häuser vom Erdbeben zerstört.

Berlin, 17. März. Wie die Nachlandgabe des „Tag“ aus London meldet, hat sich in Donkiz in Anatolien ein heftiges Erdbeben ereignet, wobei 190 Häuser ein- und zerstört. Sieben Personen wurden getötet und zahlreiche Personen verletzt.

Genfer Abschluß und die deutsche Wirtschaft.

Keine direkte Schädigung zu befürchten.

Berlin, 17. März. Die Frage, welche Folgen das Genfer Abkommen haben könnte, ist auch in Wirtschaftskreisen erörtert worden. Man ist aber hier einmütig der Ansicht, daß sich aus der Tatsache, daß Deutschland jetzt nicht in den Völkerbund eintritten konnte, für die Wirtschaft keinerlei Rückschlüsse ableiten lassen. Ein Völkerbundseintritt hätte vielleicht — und auch dies müßte man noch mit einem großen Fragezeichen versehen — die Position Deutschlands bei den schwebenden und kommenden großen Handels- und Wirtschaftsverhandlungen mit einer Anzahl Staaten etwas stärken können. Für die großen internationalen Wirtschaftsverhandlungen ist aber letzten Endes die Völkerbundsdurchdringung für Deutschland durchaus nicht notwendig. Eine unmittelbare Schädigung der Wirtschaft ist deshalb aus dem jetzigen Nicht-eintritt Deutschlands nicht zu erwarten. Eine große Gefahr könnte allerdings daraus entstehen, daß namentlich bei den Verhandlungen mit Frankreich und den erforderlichen Verhandlungen mit England sich Schwierigkeiten aus der etwaigen Abkehr der Staatsmänner dieser Länder ergeben könnten, Deutschland für ihre eigenen Völkerbundsideen, bei denen ja schließlich Polen und selbst Rumänien mehr im Vordergrund stehen als Deutschland, sozusagen müde zu machen.

Daß die Genfer Verhandlungen diesen Ausgang nahmen, kommt auch der Wirtschaft unerwartet. Man hatte auch hier wie fast durchweg in den politischen Kreisen damit gerechnet, daß nach al dem wirren Durcheinander doch noch ein effektvoller Abschluß so wie seinerzeit in Locarno erzielt werden würde. Man legt dabei Wert auf die Feststellung, daß Amerika mit der ganzen Angelegenheit, die sich in Genf abspielte, nichts zu tun habe. Die schon öffentlich geäußerte Ansicht, daß die Vereinigten Staaten von Amerika etwa Brasilien als seiner Haltung gedrängt haben könnten, sei ganz und gar abwegig. Somit legt man in den Wirtschaftskreisen vor allem großen Wert auf die Vermeidung einer langen innerpolitischen Krise. Das Recht zu scharfer und scharfster Kritik könne dem Parlament natürlich nicht bestritten werden, aber eine etwa sich wieder wochenlang hinziehende innere Krise würde auch auf die Wirtschaftslage nicht ohne Einfluß bleiben, doch glaubt man nicht, daß es zu einer solchen Krise kommt.

Die deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen.

Ein brasilianischer Konsult gegen Deutschland nur zum Schaden Brasiliens.

Berlin, 17. März. Wie schon gemeldet, legt die Reichsregierung Wert darauf, daß die deutschen Beziehungen zu Brasilien trotz seines Verhältnisses in Genf nicht durch Maria Arraife gegen dieses Land gestört werden. Das läßt die Frage ausfallen, was uns denn in wirtschaftlicher Hinsicht Brasilien eigentlich bedeutet. Die Statistik erteilt darauf die Antwort:

In den periodischen Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes über den auswärtigen Handel Deutschlands finden wir über den Anteil Brasiliens an dem Gesamt-handel Deutschlands

nach dem Stande von 1924

folgende Angaben: Die brasilianische Einfuhr belieferte sich im Jahre 1924 dem Gesamtwert nach auf 115.521.000 Mark. Da also Brasilien 2 Prozent.

Schon allein die eine Tatsache, daß von der Gesamteinfuhr nach Deutschland, die im Jahre 1925 146.900 Doppelzentner im Werte von 3.502.000 Mark erreichte, Brasilien 63.177 Doppelzentner, also fast die Hälfte lieferte, dürfte genügen, um den Leuten in Rio de Janeiro die Augen über ihr wichtiges Tun zu öffnen. Auf der anderen Seite darf aber auch nicht verkannt werden, daß Deutschland, dem in Brasilien ein guter Absatzmarkt für seine Erzeugnisse offensteht, ebenso wenig ein Interesse daran haben kann, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu dem großen südamerikanischen Staate grundlegend zu verschlechtern.

Tagung des Verwaltungsrates der deutschen Reichspost.

Berlin, 17. März. Am 16. und 17. März tagte in Berlin der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost. Reichspostminister Dr. Stinag wies darauf hin, daß mit dem abgelaufenen Wirtschaftsjahre 1925 eine gewisse Festigung der ganzen Postfinanzwirtschaft sich eingestellt habe. Auch im Jahre 1926 seien sowohl in der Verkehrspolitik, wie auch in der Wirtschaftspolitik gute Fortschritte gemacht worden. Zu der Frage, ob und wie sich das Reichspostfinanzgesetz bewährt habe, erklärte der Minister, daß das Gesetz auch im zweiten Jahre seines Bestehens in allgemeinen den Erwartungen entsprochen habe. Eine Aufhebung des Gesetzes würde mit den dienstlichen Erfahrungen, die bisher mit ihm gemacht worden seien, nicht vereinbar sein. Der Verwaltungsrat stimmte darauf einigen Änderungen der Postordnung zu und genehmigte den Voranschlag der Deutschen Reichspost für das Rechnungsjahr 1926.

Erhöhung österreichischer Zölle.

Wien, 17. März. Der Völkerausschuß des Nationalrates nahm den Gesetzentwurf betreffend Erhöhung der Zölle auf Butter, Rind- und Schafwolle, Jungevieh und Milch sowie betreffend Einführung eines Zolles auf Zuberphosphat an. Der sozialdemokratische Antrag auf Verabsiegung der Zuckersteuer wurde abgelehnt. (W. T. B.)

Die beste Ehrung Freiligraths.

(Durch Funktspruch.)

Berlin, 17. März. Der Reichspräsident und die preussische Staatsregierung haben zum 50. Todestage Ferdinand Freiligraths seinem 70jährigen Sohne Wolfgang Freiligrath, der in bedürftigen Verhältnissen lebt, gemeinsam eine fortdauernde monatliche Rente von 50 Reichsmark bewilligt.

Der Frühling ist am schönsten in

Meran

für Erholungsbedürftige ganz besonders geeignet.

7000 Fremdenbetten. Aushilfte durch den Kurverein.